

Protokoll

des
Einwohnerrats Zofingen
Amtsperiode 2026–2029

für die 2. Sitzung 2026

Datum	Montag, 23. März 2026
Zeit	18.00 – 20:06 Zeit Uhr
Ort	Stadtsaal
Vorsitz	Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident
Protokollführer	Patrick Kurt, Einwohnerratssekretär
Veröffentlicht	20. April 2026 auf www.zofingen.ch/einwohnererrat

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrats

Affentranger Thomas (Grüne), Einwohnerrat⁵
Anderegg Simon (SP), Einwohnerrat
Annaheim Olivier (SVP), Einwohnerrat²
Behava Jonathan (SP), Einwohnerrat
Böni Rainer (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Brühlmann Peter (SVP), Einwohnerrat
Brünisholz Joël (Grüne), Einwohnerrat⁶
Colucci Matthias (FDP/ZM), Einwohnerrat
Flückiger Claudio (SVP), Einwohnerrat
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin⁶
Gaberthüel Adrian (FDP/ZM), Einwohnerrat
Gassner Rahel (SVP), Einwohnerrätin
Graf Michèle (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin³
Hottiger Tobias (FDP/ZM), Einwohnerrat
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat
Kerstjens Laura (SP), Einwohnerrätin⁵
Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin⁶
Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin
Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
Leutwyler Hans (FDP/ZM), Einwohnerrat
McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin^{3, 4}
Müller Alexandra (FDP), Einwohnerrätin
Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{4, 5, 6}
Nadler Daniela (SVP), Einwohnerrätin⁵
Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁶
Plüss Andrea (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin⁵
Scheidegger Elisa (SP), Einwohnerrätin⁴
Schifferle Zeno (EVP/Die Mitte), Einwohnerrat
Schindler René (SVP), Einwohnerrat
Schnider Christian (glp), Einwohnerrat⁵
Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
Sjöberg Anders (glp), Einwohnerrat
Sjöberg Niklas (Grüne), Einwohnerrat
Szedlák Stéphanie (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin
Wacker Michael (SP), Einwohnerrat
Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat¹
Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Grossenbacher Fabian (SVP), Einwohnerrat
Schürch Claudia (EVP/Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵

Legende

¹Präsident / ²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Fraktionspräsident/in

Traktanden

1. [Inpflichtnahme](#)
von Thomas Keller (FDP) und Marco Negri (SVP) als Wohnerräte
2. [Mitteilungen](#)
3. ER.2026.010–020
[Einbürgerungen](#)
4. [ER.2026.021](#)
Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2026 – Verpflichtungskredit für diverse Massnahmen
5. [ER.2026.027](#)
Rigiweg/Vreneliweg – Verpflichtungskredit für Sanierung und Instandstellung für Strassen und Werkleitungen
6. [ER.2025.029](#)
Interpellation von Luc Zobrist (FDP) vom 20. Juni 2025 betreffend "Nutzung Abdankungshalle"; Beantwortung Stadtrat
7. [ER. 2026.028](#)
Interpellation von Tobias Hottiger (FDP) betreffend "Wahl des Verwaltungsrats der neuen kommunalen Anstalt (Seniorenzentrum bzw. CASALEGRE)"; Beantwortung Stadtrat
8. [ER.2025.043](#)
Postulat von Hans Rudolf Sommer (SP) vom 24. November 2025 betreffend "Sicherstellung eines zeitgemässen Schwimmunterrichts nach LP 21"; Haltung Stadtrat
9. [ER.2024.039.2](#)
Postulat von Alice Sommer (Grüne) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Prüfung eines Massnahmepakets zur Eindämmung der Elterntaxis"; Bericht Stadtrat
10. [ER.2026.032](#)
Interpellation von Franziska Kremer (SP) vom 23. März 2026 betreffend "";Neueingang mit Antrag auf dringliche Behandlung – Beantwortung Stadtrat
11. [Umfrage](#)

Traktandum 1 – Inpflichtnahme

Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident

Der Einwohnerratspräsident begrüsst die anwesenden Personen zur heutigen Einwohnerrats-sitzung.

Entschuldigt haben sich Fabian Grossenbacher, Claudia Schürch und Hans Rudolf Sommer.

Der Rat ist **mit 37 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Die vorliegende **Traktandenliste** wird diskussionslos **genehmigt**.

Es steht die Inpflichtnahme von Thomas Keller (FDP) und Marco Negri (SVP) an.

Der Präsident begrüsst die beiden Mitglieder des Einwohnerrats und fordert sie auf, vor den Stadtrat zu treten. Das Gelöbnis wird durch den Einwohnerratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird das anwesende neue Mitglied des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Einwohnerratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen: "Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Gelöbnis wird von Thomas Keller (FDP) und Marco Negri (SVP) durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Sie sind damit in Pflicht genommen und können ihre Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident

Das **Einwohnerratsprotokoll** vom **24. November 2025** wurde am 12. Januar 2026 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als **genehmigt**.

Das **Einwohnerratsprotokoll** vom **25. November 2025** wurde am 11. Februar 2026 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als **genehmigt**.

Das **Einwohnerratsprotokoll** vom **19. Januar 2026** wurde am 28. Januar 2026 verschickt. Innerhalb der jeweiligen 10-tägigen Frist ist kein Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als **genehmigt**.

Tischauflagen

- Einladung 60-Jahr-Jubiläum Einwohnerrat Zofingen
- Faktenblatt parlamentarische Vorstösse

Folgende parlamentarische Vorstösse sind neu eingegangen:

- Interpellation von Jonathan Behava (SP) vom 23. März 2026 betreffend "Kündigung aller Mietparteien an der Oberen Mühlemattstrasse 55 sowie am Buchmattweg 24"; Antrag auf dringliche Behandlung
- Interpellation von Michèle Graf (EVP/Die Mitte) vom 23. März 2026 betreffend "Dispensationspraxis für verlängerte und zusätzliche Ferien an der Schule Zofingen"
- Postulat von Carla Fumagalli (glp) vom 13. März 2026 betreffend "Entwerrung Verkehrssituation Bahnhof Zofingen"
- Motion von Michael Wacker (SP) vom 23. März 2026 betreffend "Gestaltungsplan "Im Funken" – Abgabe im Baurecht und Kostenmiete"

ER.2026.032

Interpellation von Franziska Kremer (SP) vom 23. März 2026 betreffend "Kündigung aller Mietparteien an der Oberen Mühlemattstrasse 55 sowie am Buchmattweg 24"; Antrag auf dringliche Behandlung

Eintreten ist nicht bestritten

Franziska Kremer, Einwohnerrätin (Interpellantin), hält fest, dass die Interpellation als dringlich bezeichnet wurde, weil das Thema aktuell ist und bereits läuft. Ziel ist, nicht bis später im Jahr auf eine Stellungnahme des Stadtrats zu warten, sondern die vorhandenen Antworten sofort zu behandeln. Da Mieterinnen und Mieter bereits jetzt betroffen sind und Fragen aufkommen, besteht ein Bedürfnis nach Argumenten und Ideen des Stadtrats, um diese weiterzugeben. Eine umgehende Behandlung wird begrüsst.

Tobias Hottiger, beantragt, der Dringlichkeit zuzustimmen. Inhaltlich wird festgehalten, dass die Liberalen die Vorlage anders beurteilen als die SP, insbesondere hinsichtlich des Schutzes des Privateigentums, der Marktorientierung und möglichst geringer staatlicher Intervention. Im Zentrum stehe jedoch der Prozess. Die Fragen seien aktuell, die Betroffenen verlangten jetzt Antworten. Eine Zustimmung zur Dringlichkeit ermögliche es dem Stadtrat, seine offizielle Haltung noch heute darzulegen.

Franziska Kremer, hält fest, dass es nicht darum gehe, das Thema insgesamt nur heute dringlich zu erklären. Der aktuelle Punkt lasse sich jedoch heute behandeln. Weiterführende Diskussionen zu verwandten Fragen, wie sie aus anderen Fraktionen angeregt wurden, könnten im Verlauf des Jahres in geeigneter Form geführt werden. Entscheidend sei, dass dieser konkrete Punkt jetzt dringend sei und nicht erst in einem halben Jahr gleich wichtig bleibe.

André Kirchhofer, hält fest, dass der Stadtrat mit beiden Varianten gut leben kann. Die Interpellation könne heute beantwortet werden, ebenso sei eine Behandlung zu einem späteren Zeitpunkt problemlos möglich.

Das Wort wird nicht weitverlangt.

Abstimmung über sofortige Behandlung

Es wird einstimmig sofortige Behandlung der Interpellation beschlossen.

Das Geschäft wird im Anschluss an die bereits traktandierten parlamentarischen Vorstösse behandelt (Traktandum 10, Seite 20).

Traktandum 3 – Einbürgerungen

ER.2026.010–020

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Alle Gesuchsteller erfüllen die Kriterien für eine Einbürgerung. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

ER.2026.010

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.011

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.012

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.013

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.014

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.015

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.016

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.017

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.018

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.019

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2026.020

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:2 (Ja/Nein) Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen mit Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 4

ER.2026.021

Genereller Entwässerungsplan (GEP) 2026 – Verpflichtungskredit für diverse Massnahmen

Eintreten ist nicht bestritten.

Laura Kerstjens, Referentin FGPK, übernimmt das FGPK-Referat stellvertretend. Die FGPK hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 5. März 2026 geprüft und offene Fragen wurden überzeugend geklärt. Die Kommission stellt fest, dass die Investitionen zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung gut begründet und nachvollziehbar sind. Die jährlichen Aufwendungen für die Erneuerung der Infrastruktur im Bereich Abwasser- und Hochwasserschutz sichern den Werterhalt und verhindern unerwartete Kosten.

Die Abstimmung der Anpassungen am Abwassernetz der Hauptstrasse K315 zwischen Sonnenwandstrasse und Höhenweg mit der kantonalen Sanierung und dem Ausbau wird als sinnvoll beurteilt. Der mehrfach verschobene Baubeginn wird mit Herbst 2026 angegeben, womit der Verpflichtungskredit als zeitgerecht gilt. Die Kostenbeteiligung an der Inlinersanierung des Ostkanals ist vertraglich geregelt, die Gemeinde Oftringen ist Bauherrin. Eine Kostenüberschreitung gilt bei dieser Arbeitsart als sehr unwahrscheinlich.

Jährlich werden zwei weitere Brunnen der Versickerung zugeführt. Von 49 städtischen Brunnen sind bei 24 die Versickerung oder Ableitung geplant oder bereits umgesetzt, konkret bei 4 geplant und bei 20 realisiert. Die Massnahmen fördern die Grundwasseranreicherung, versorgen Stadtbäume und reduzieren Abwassergebühren. Die Investitionskosten können laut Stadtrat innert weniger Jahre amortisiert werden. Die FGPK vertraut diesen Angaben, bemängelt jedoch, dass eine detaillierte Aufstellung der eingesparten Kosten fehlt und lediglich eine Liste der Brunnen mit geschätztem Wasseranfall nachgereicht wurde.

Die Arbeiten am Brunnen in der Engelgasse können mit dem Bau der Fernwärmeleitung kombiniert werden. Die Versickerung beim Brunnen vor der Bäckerei Wälchli erfolgt in Absprache mit dem Grundeigentümer, der sich zudem an der Finanzierung eines Baums beteiligt. Die Neugestaltung des Vorplatzes verhindert gleichzeitig das gefährliche Parkieren vor der Bäckerei.

Die FGPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen und den Verpflichtungskredit von 432'400 Franken inklusive Mehrwertsteuer zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung zu bewilligen.

Laura Kerstjens, Fraktionsvotum (SP), dankt im Namen der SP-Fraktion für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage und erklärt die vorbehaltlose Zustimmung zum Verpflichtungskredit für die GEP-Tranche 2026. Die Bereitschaft des Eigentümers der benachbarten Liegenschaft, die Pflanzung eines Baums zu finanzieren, wird mit grossem Wohlwollen und Dank zur Kenntnis genommen.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum (glp), dankt im Namen der GLP-Fraktion für die gut strukturierte und verständliche Vorlage und erklärt, dass der Antrag inhaltlich unbestritten ist. Es wird begrüsst, dass die Sanierung der Leitungen an der Mühlestrasse im Zusammenhang mit den kantonalen Strassenarbeiten erfolgt. Die vorgesehenen Versickerungsschächte bei den beiden Brunnen werden als zweckmässig beurteilt. Gemäss Auskunft des Stadtrats amortisiert sich die Investition durch eingesparte Abwassergebühren innerhalb von rund 10 Jahren. Die GLP unterstützt zudem das in der FGPK vorgebrachte Anliegen, dass das Projekt eine klare Strukturierung der Verkehrssituation im Bereich der Sälistrasse berücksichtigen soll. Der Eigentümer der Nachbarliegenschaft wird für die Finanzierung eines Baums verdankt. Diskussionsbedarf besteht bei der geplanten Erhöhung der Abwassergebühren per 1. Januar 2027. Auch wenn dies heute nicht Teil der Beratung ist, wird das Thema den Einwohnerrat in absehbarer Zeit beschäftigen, da dieser gemäss Gewässerreglement für die Festlegung der Benützungsgebühren zuständig ist und Zofingen bereits heute im Vergleich hohe Abwassergebühren aufweist. Die GLP kündigt die Einreichung einer Interpellation an und lädt die anderen Fraktionen ein, ihre Fragen darin zu bündeln.

Stéphanie Szedlák, Fraktionsvotum (EVP/Die Mitte), schliesst sich inhaltlich weitgehend den vorangegangenen Voten an. Die Fraktion EVP/Die Mitte unterstützt das Geschäft und die vorgesehenen Massnahmen. Das dreiteilige Projekt mit Leitungsbau an der K315, der Inlinersanierung des Ostkanals und der Versickerungsanlage für zwei Brunnen gilt als gut vorbereitet. Der GEP 2026 und die dazugehörigen Verpflichtungskredite werden als notwendig, sinnvoll und vorausschauend beurteilt. Kritisch wird angemerkt, dass langfristig mehr Mittel benötigt werden könnten als eingenommen werden und die Spezialfinanzierung nicht unbegrenzt belastbar ist. Die Bedeutung der GEP-Massnahmen wird anerkannt, zugleich wird erwartet, dass der Finanzierungsfrage, auch wenn sie nicht direkt Teil des Projekts ist, zeitnah Aufmerksamkeit geschenkt und die nachhaltige Finanzierung künftig sichergestellt wird, damit die vorgesehenen Massnahmen umgesetzt werden können.

Joël Brünisholz, Fraktionsvotum (Grüne), verzichtet auf eine Wiederholung der bereits genannten Argumente, da die Grüne Fraktion diese teilt. Die Ankündigung der GLP, eine Interpellation einzureichen, wird ausdrücklich begrüsst, und eine gemeinsame Mitarbeit daran wird zugesichert. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass das Thema Wasser auch auf kantonaler Ebene eine hohe Bedeutung hat und im Juni im Aargau die kantonale Wasserstrategie verabschiedet wird. Diese greife zentrale Aspekte der Diskussion auf und unterstreiche die Notwendigkeit, gemeinsam langfristige, innovative und nachhaltige Lösungen zu entwickeln, auch im Hinblick auf die finanzielle Schieflage der Spezialfinanzierung.

Thomas Keller, Fraktionsvotum (FDP/ZM), hält fest, dass das Wesentliche bereits gesagt worden ist und die Kosten im Finanz- und Investitionsplan enthalten sind. Eine weitere Ausführung sei daher nicht nötig. Die Fraktion FDP/ZM unterstützt das Geschäft einstimmig.

Raphael Lerch, Fraktionsvotum (SVP), hält fest, dass die SVP-Fraktion das Geschäft geprüft hat und dieses vollumfänglich unterstützt. Die Mittel gelten als sinnvoll investiert. Kritisch beurteilt wird die geplante Versickerung des Brunnens an der Sälistrasse. Alternativ werden Brunnen in der Altstadt genannt, bei denen eine Versickerung näher bei bestehenden Bäumen möglich wäre. Zudem wird die Erwartung geäussert, dass beim Brunnen an der Sälistrasse der Zugang für den motorisierten Verkehr zur Bäckerei Wälchli weiterhin gewährleistet bleibt, um deren Betrieb nicht zu beeinträchtigen. Zu den Ausführungen über die Haltung des Eigentümers der angrenzenden Liegenschaft wird angemerkt, dass eigene Gespräche ein teilweise anderes Bild ergeben hätten. Trotz dieser Vorbehalte stimmt die SVP-Fraktion dem Geschäft zu.

Robert Weishaupt, Stadtrat, bedankt sich für die wohlwollende Aufnahme des Geschäfts und hält fest, dass aufgrund der bisherigen Voten eine kurze Stellungnahme genügt. Zur Frage der Brunnen wird erläutert, dass bereits vor längerer Zeit eine Priorisierung festgelegt wurde. Zuerst würden jene Brunnen saniert oder vom Kanalnetz abgehängt, die einen hohen Wasseranfall aufweisen und gleichzeitig Synergien ermöglichen, etwa mit der Bewässerung von Bäumen oder bei gleichzeitig laufenden Baustellen. Darüber, ob es im konkreten Fall genau diese zwei Brunnen sein müssten, lasse sich diskutieren. Der Stadtrat habe sich jedoch bewusst für diese Lösung entschieden. Ziel sei es, langfristig alle Brunnen von der Kanalisation abzuhängen. Abschliessend wird der Dank für die Zustimmung zur Vorlage ausgesprochen.

Michael Wacker, Einwohnerrat, äussert, dass das Aufkommen der Diskussion über eine Erhöhung der Abwassergebühren erwartet worden sei. Es wird empfohlen, das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. November 2008 zu konsultieren, insbesondere die Seiten 352 ff. Damals sei auf Antrag des Stadtrats beschlossen worden, Hochwasserschutzmassnahmen über Abwassergebühren zu finanzieren, was bis heute ein wesentlicher Kostentreiber sei. Aus dem damaligen Protokoll wird festgehalten, dass gemäss rechtlicher Beurteilung Gebühren nur für Anlagen der Abwasserbeseitigung erhoben werden dürfen und Bäche nicht darunterfallen. Eine andere gesetzliche Grundlage habe sich trotz Prüfung nicht finden lassen. Auch das

Umweltschutzgesetz biete dafür keine Basis. Es wird darauf hingewiesen, dass Zofingen im Kanton Aargau die einzige Gemeinde sei, die Hochwasserschutzmassnahmen über Abwassergebühren finanziert.

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Für die Umsetzung der GEP-Massnahmen 2026 sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von CHF 432'400 inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung, exklusive Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 5

ER.2026.027

Rigiweg/Vreneliweg – Verpflichtungskredit für Sanierung und Instandstellung für Strassen und Werkleitungen

Eintreten ist nicht bestritten.

Andrea Plüss, Referentin FGPK, führt aus, dass die FGPK die Vorlage gewürdigt hat und diese als koordinierte Werterhaltungsarbeit beurteilt, die alle relevanten Aspekte des Quartiers aufnimmt. Die Ausgestaltung des Projekts sei nachvollziehbar. Aus der Diskussion werden drei Punkte hervorgehoben. Erstens wird bestätigt, dass eine Sanierung der gesamten Strassenbreite notwendig ist, um einen Flickenteppich zu vermeiden, da Untergrund und Strassenaufbau insgesamt überaltert sind. Zweitens wird die PAK-Entsorgung als Kostentreiber erwähnt. Der geltende Kostenteiler sieht vor, dass die Stadt diese Kosten trägt. Gleichzeitig wird auf ein in Bearbeitung befindliches Gutachten hingewiesen, das als Grundlage für eine spätere Vertragsrevision mit den StWZ dienen soll, auch im Hinblick auf Sonderabfälle. Drittens wurde die Zugänglichkeit der Liegenschaften thematisiert. Es wird zugesichert, dass alle Grundstücke jederzeit zu Fuss erreichbar sind und temporäre Ersatzparkplätze bereitgestellt werden.

Die FGPK stimmt dem Geschäft einstimmig zu und fasst die vier Anträge zusammen: Sanierung und Instandstellung Rigiweg mit einem Verpflichtungskredit von 614'000 Franken, Sanierung und Instandstellung Vreneliweg mit 153'000 Franken, Entwässerung Rigiweg aus der Abwasserkasse mit 106'000 Franken sowie Entwässerung Vreneliweg aus der Abwasserkasse mit 34'000 Franken. Alle Beträge verstehen sich inklusive Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter und zuzüglich allfälliger Bauteuerung.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum (EVP/Die Mitte), schliesst sich im Namen der Fraktion EVP Die Mitte an. Die Vorlage wird als ausgewogen, vielfältig und schlüssig beurteilt. Die verschiedenen geprüften Optionen der Quartierentwicklung seien nachvollziehbar aufgezeigt worden, das Endresultat überzeuge. Es werde das Notwendige umgesetzt. Positiv hervorgehoben wird die zusätzliche Aufwertung beim Fussballplatz durch die gestalterische Verbesserung des Grünstreifens und das Aufstellen einer Sitzbank.

Hans Leutwyler, Fraktionsvotum (FDP/ZM), hält fest, dass die Werterhaltung und die Infrastruktur der Stadt zentrale Aufgaben der Gemeinde sind und wesentlich zur Sicherheit und zur Qualität des Lebens beitragen. Es wird als wichtig und richtig erachtet, dass diese Massnahmen umgesetzt werden. Positiv wird zur Kenntnis genommen, dass bei neuen Projekten auch ohne zusätzliche Vorschriften Umweltaspekte berücksichtigt werden und Lösungen gesucht werden, die Infrastruktur, Grünräume und Lebensqualität in Einklang bringen. Die Fraktion FDP/ZM nimmt das Geschäft daher gerne an.

Salome McNaught, Fraktionsvotum (SP), hält fest, dass die SP-Fraktion allen Anträgen dieses Geschäfts zustimmt und dankt für die Erarbeitung der Vorlage. Für die Umsetzungsphase werden zwei Hinweise mitgegeben. Die geplante Begrünung und gleichzeitige Nutzbarkeit des Quartierfussballplatzes nach Abschluss der Bauarbeiten wird ausdrücklich begrüsst. Der Platz ist seit längerer Zeit nur eingeschränkt nutzbar, da ein früherer Installationsplatz nicht rückgebaut worden ist. Es wird als wichtig erachtet, dass der Installationsplatz nach Abschluss der Bauarbeiten umgehend aufgehoben wird, damit der im Quartier geschätzte Platz rasch wieder vollständig genutzt werden kann und sich die heutige Situation nicht wiederholt. Weiter wird festgehalten, dass die Bauarbeiten die Zufahrten zu einzelnen Liegenschaften verständlicherweise einschränken. Umso zentraler sei eine transparente und klare Kommunikation des Bauablaufs sowie die Einhaltung der angekündigten Termine, damit die Belastungen für die Anwohnenden möglichst gering gehalten

werden können. Die SP-Fraktion dankt dafür, dass diese Hinweise in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Christian Schnider, Fraktionsvotum (glp), hält fest, dass die GLP-Fraktion die koordinierte Sanierung der Werkleitungen und der Strasseninfrastruktur am Rigiweg und am Vreneliweg begrüsst. Es besteht Einigkeit mit dem Stadtrat, dass Kosten und Belastungen für die Anwohnenden reduziert werden können, wenn beide Wege im Rahmen einer Gesamtsanierung nur einmal geöffnet werden müssen. Die Vorlage wird als gut ausgearbeitet beurteilt und die Notwendigkeit der einzelnen Massnahmen als nachvollziehbar dargelegt. Die leicht höheren Projektkosten im Vergleich zum Finanz- und Investitionsplan gelten als gut begründet, der Kostenteiler zwischen der Stadt und den StWZ wird als transparent beschrieben. Besonders positiv hervorgehoben wird die Pflanzung neuer Bäume entlang des Spielplatzes. Dass aufgrund der engen Platzverhältnisse am Rigiweg auf zusätzliche Begrünung oder Entsiegelung verzichtet wird, wird als nachvollziehbar erachtet. Die GLP-Fraktion stimmt daher allen Anträgen der Vorlage zu.

Daniela Nadler, Fraktionsvotum (SVP). Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft grundsätzlich wohlwollend zu. Besonders begrüsst wird, dass Synergien genutzt und potenziell angrenzende Bauparzellen, die in den kommenden Jahren umgebaut oder weiterentwickelt werden könnten, bereits in die Planung einbezogen werden. Dadurch kann vermieden werden, dass nach kurzer Zeit erneut provisorische Lösungen oder ein Flickwerk entstehen. Für die Zukunft wird angeregt, dass Bauprovisorien konsequent befristet werden und nicht über längere Zeiträume bestehen bleiben, wie dies am Rigiweg der Fall war.

Zur Begrünung wird festgehalten, dass die vorgesehenen Bäume an diesem Standort ausdrücklich begrüsst werden. Sie seien dringend notwendig, der geplante Grüngürtel sei sinnvoll platziert und erhöhe insbesondere für Kinder und Familien die Aufenthaltsqualität durch zusätzlichen Schatten. Ein zusätzliches Bänkli, wie es bereits in der FGPK diskutiert wurde, würde ebenfalls sehr begrüsst.

Thomas Affentranger, Fraktionsvotum (Grüne). Die Grüne Fraktion hält fest, dass das Geschäft auch in ihrer Fraktion nicht umstritten war. Das koordinierte Vorgehen und die umfassende Sanierung werden unterstützt. Diskutiert wurden insbesondere Massnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zur ökologischen Aufwertung. Diese sind gemäss Vorlage punktuell vorgesehen. Es wird anerkannt, dass aufgrund der räumlichen Gegebenheiten keine umfangreicheren Massnahmen möglich sind. Gleichzeitig wird die Hoffnung geäussert, dass der Platz beziehungsweise der Grüngürtel gestalterisch ansprechender umgesetzt wird, als dies die Visualisierung vermuten lässt. Die Grüne Fraktion unterstützt alle vier Anträge des Stadtrats.

Robert Weishaupt, Stadtrat. Es wird für die positiven Voten aus den Fraktionen gedankt und festgehalten, dass das Geschäft auf einer breiten Basis getragen wird. Es gehe um eine klassische, aber zentrale Aufgabe der Werterhaltung der städtischen Infrastruktur. Zum Baustelleninstallationsplatz wird bestätigt, dass dieser nach Abschluss der Arbeiten vollständig zurückgebaut wird und der Raum den Kindern und dem Quartier wieder zur Verfügung steht. Beim Grüngürtel mit den zwei vorgesehenen Bäumen wird auf die Einbindung der Fachstelle Natur und Landschaft hingewiesen, um eine qualitativ hochwertige und attraktivere Gestaltung zu erreichen, als es die Visualisierung in der Vorlage möglicherweise vermuten lässt.

Zur Information der Anwohnenden wird erläutert, dass weiterhin das bewährte Vorgehen mit der StWZ angewendet wird. Die Kommunikation über Ablauf, Zeitpunkt und Dauer der Bauarbeiten erfolgt gemeinsam, die Anwohnenden erhalten entsprechende Kontaktdaten, um sich bei Problemen direkt melden zu können. Wie bei allen Baustellen wird angestrebt, Emissionen und Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Abschliessend dankt der Stadtrat für die Zustimmung zum Antrag.

Raphael Lerch, Einwohnerrat, zu V Kosten und Kostenteiler: Es wird festgehalten, dass das Projekt unbestritten ist und bereits mehrfach diskutiert wurde. Trotz der Tatsache, dass es sich um eine Investitionsvorlage handelt, wird angeregt, bei der Planung von Bäumen und Sträuchern diese gesamthaft darzustellen. Es wird der Wunsch geäußert, dass künftig auch die daraus entstehenden Unterhaltskosten transparenter ausgewiesen werden. Hintergrund ist die Sorge, dass zusätzliche Begrünungen langfristig zu Mehrbedarf beim Werkhof führen könnten, was später zu unerwartetem Personalaufwand führt. Die Berücksichtigung der Unterhaltskosten in solchen Vorlagen wird daher als sinnvoll erachtet.

Robert Weishaupt, Stadtrat, erläutert, dass für den Unterhalt von Bäumen mit einem Aufwand von rund 3 bis 3,5 Stunden pro Baum und Jahr gerechnet wird. Für die vorgesehenen 2 Bäume ergibt dies insgesamt etwa 6 bis 7 Arbeitsstunden pro Jahr. Die daraus resultierenden Unterhaltskosten belaufen sich auf rund 450 bis 525 Franken jährlich. Der effektive Aufwand kann je nach Witterung und Vegetationsentwicklung leicht variieren, bewegt sich jedoch in diesem Rahmen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

1. Für die Sanierung und Instandstellung des Rigiwegs Süd sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 614'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2026), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Für die Sanierung und Instandstellung des Vreneliwegs sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 153'000 inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2026), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

3. Für die Entwässerung sowie das Anpassen und Erstellen der Schächte des Rigiwegs sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 106'000, inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2026), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

4. Für die Entwässerung sowie das Anpassen und Erstellen der Schächte des Vreneliwegs sei zulasten der Spezialfinanzierung Abwasserbeseitigung ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 34'000, inkl. Mehrwertsteuer, abzüglich Beiträge Dritter, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2026), zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6

ER.2025.029

Interpellation von Luc Zobrist (FDP) vom 20. Juni 2025 betreffend "Nutzung Abdankungshalle"; Beantwortung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Luc Zobrist, Einwohnerrat (Interpellant), bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation und zeigt sich erfreut darüber, dass der Stadtrat den Mehrwert einer stärkeren Nutzung der Abdankungshalle erkennt. Positiv hervorgehoben wird, dass bereits eine erste Sofortmassnahme umgesetzt wurde, indem auf den Wiedereinbau der Chorbestuhlung verzichtet und eine Lösung mit dem Freilichttheater gefunden wurde. Insgesamt wird die Antwort als zufriedenstellend beurteilt. Gleichzeitig wird die Hoffnung geäussert, dass im Rahmen der Immobilienstrategie zusätzliche Klarheit geschaffen wird und die Abdankungshalle dabei angemessen berücksichtigt wird.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Traktandum 7

ER. 2026.028

Interpellation von Tobias Hottiger (FDP) betreffend "Wahl des Verwaltungsrats der neuen kommunalen Anstalt (Seniorenzentrum bzw. CASALEGRE)"; Beantwortung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat (Interpellant), hält fest, dass der neu zusammengesetzte Stadtrat die Interpellation in sehr kurzer Zeit beantwortet und den Auftrag vollständig erfüllt hat. Dafür wird gedankt. Inhaltlich wird die Antwort jedoch als ernüchternd empfunden, was Sprachlosigkeit zurücklässt.

Antrag

Andrea Plüss, Einwohnerrätin, beantragt Diskussion zur Vorlage.

Dem Antrag wird mit 17:15 (ja/nein) Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin, weist darauf hin, dass es nicht das erste Mal ist, dass ein ehemaliges Mitglied des Stadtrats nach dem Ausscheiden ein Verwaltungsratsmandat übernimmt oder weiterhin in stadt eigenen Betrieben mitwirkt. Entscheidend sei, dass in allen Fällen mit gleichen Massstäben gemessen wird. Es wird angeregt, sowohl im vorliegenden Fall als auch generell klare Regelungen zu prüfen, etwa eine Übergangsfrist von zwei Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Stadtrat, nach deren Ablauf die betreffende Person in diesen Gremien ersetzt wird. Ziel sei eine transparente und einheitliche Handhabung solcher Mandate.

Traktandum 8

ER.2025.043

Postulat von Hans Rudolf Sommer (SP) vom 24. November 2025 betreffend "Sicherstellung eines zeitgemässen Schwimmunterrichts nach LP 21"; Haltung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin (*liest das Votum von Hans Rudolf Sommer stellvertretend vor*):

"Die SP-Fraktion und die Mitunterzeichnenden aus anderen Fraktionen äussern ihre Freude darüber, dass der Stadtrat das Postulat in sehr kurzer Zeit behandelt hat und bereit ist, es entgegenzunehmen. Es wird die Hoffnung geäussert, dass der Einwohnerrat der Überweisung zustimmt. Mit der Überweisung könne ein klares Zeichen gesetzt werden, dass die längst fällige Schaffung einer zeitgemässen und lehrplankonformen Infrastruktur ein wichtiges Anliegen ist.

In Bezug auf einen aktuellen Entscheid des Bundesgerichts wird darauf hingewiesen, dass gemäss einem am 17. März 2026 veröffentlichten Bericht klar festgehalten wird, wie wichtig es ist, dass alle Kinder unabhängig von Religion oder Herkunft am Schwimmunterricht teilnehmen. Ziel sei es, Ausgrenzung zu vermeiden, die Sozialisation aller Kinder in der Schweiz zu fördern und sicherzustellen, dass alle schwimmen können, um Badeunfälle zu verhindern. Abschliessend wird dazu aufgerufen, dem Antrag des Stadtrats auf Überweisung des Postulats zuzustimmen."

Carla Fumagalli, Einwohnerrätin: Die GLP-Fraktion hält fest, dass das Anliegen des Postulats unbestritten ist und unterstützt dessen Überweisung. Ein zeitgemässer Schwimmunterricht soll sichergestellt werden, was als selbstverständlich erachtet wird. Gleichzeitig wird angemerkt, dass ein ganzjährig nutzbares Schwimmbecken in Zofingen zwar attraktiv wäre, aus einer ganzheitlichen und nachhaltigen Sicht jedoch zuerst geprüft werden sollte, welche Kapazitäten in den umliegenden Gemeinden bereits vorhanden sind und ob diese ausgeschöpft sind. Es wird als sinnvoll erachtet, bestehende Infrastrukturen weiter zu nutzen, bevor neue gebaut werden, insbesondere da andere Bäder ums Überleben kämpfen und bereits Anfragen an Zofingen gestellt haben. Die Möglichkeit, dass künftig sowohl externe Angebote genutzt als auch zusätzliche Kapazitäten in Zofingen geschaffen werden müssen, wird nicht ausgeschlossen. Zudem wird angeregt, den Bedarf nicht nur bei Schülerinnen und Schülern, sondern auch in der Bevölkerung insgesamt zu evaluieren, um eine fundierte und gesamtheitliche Planung zu ermöglichen.

Lukas Fankhauser, Stadtrat: Es wird für die eingebrachten Voten gedankt. Es wird betont, dass es mit der Überweisung des Postulats darum geht, eine ganzheitliche Prüfung zu ermöglichen. Der Hinweis auf eine zusätzliche Evaluation wird aufgenommen. Eine systematische Bedürfnisabklärung in der Bevölkerung ist bislang nicht vorgesehen, hingegen soll geprüft werden, ob auch umliegende Schulen zusätzlichen Bedarf haben, um die Thematik gemeinsam mit den Nachbargemeinden zu betrachten. Zudem wird festgehalten, dass der Dialog mit Besitzerinnen und Besitzern bestehender Infrastrukturen im Umfeld gesucht wird, um mögliche Kooperationsmodelle zu prüfen. Das Thema wird als aktuell und dringlich bezeichnet, weshalb um Zustimmung zur Überweisung des Postulats gebeten wird.

André Kirchhofer, Stadtpräsident: Es wird aus formeller Sicht darauf hingewiesen, dass die Überweisung des Postulats nicht einem Auftrag gleichkommt, ein Lehrschwimmbecken zu bauen. Eine Überweisung bedeutet ausschliesslich, dass der Stadtrat den Auftrag erhält, die Thematik umfassend abzuklären und einen Prüfbericht zu erstellen, ohne dass damit bereits konkrete Massnahmen ausgelöst werden. Diese Präzisierung wird als wichtig erachtet, insbesondere mit Blick auf frühere Missverständnisse bei Postulaten.

Die Überweisung wird als sinnvoll begründet, da das Thema bereits öffentlich diskutiert wird. Die Badi Reiden befindet sich in erheblichen Schwierigkeiten und hat Zofingen bereits kontaktiert, um mögliche Unterstützung abzuklären. Unabhängig von persönlichen Präferenzen sei es daher

notwendig, die Situation und mögliche Kooperationsformen mit den umliegenden Bädern umfassend zu prüfen. Das Postulat greife damit ein aktuelles Anliegen auf und stosse beim Stadtrat auf offene Türen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Antrag

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 9

ER.2024.039.2

Postulat von Alice Sommer (Grüne) vom 21. Oktober 2024 betreffend "Prüfung eines Massnahmenpakets zur Eindämmung der Elterntaxi"; Bericht Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Joël Brünisholz, Einwohnerrat: Die Grüne Fraktion kündigt an, das Postulat mehrheitlich abzuschreiben. Gleichzeitig wird festgehalten, dass das Postulat gemäss den Ausführungen des Stadtpräsidenten eigentlich eine umfassende Auseinandersetzung mit der Thematik ermöglichen sollte. Aus Sicht der Grünen Fraktion weist der Inhalt jedoch zu wenig klaren Willen auf, tatsächlich konkrete Massnahmen zu prüfen oder vorzubereiten. Dies wird bedauert, da das zugrundeliegende Problem weiterhin besteht. Es wird die Sorge geäussert, dass ohne frühzeitiges Handeln erst nach einer gefährlichen Situation oder einem Unfall reagiert wird, was aus Sicht der Fraktion vermieden werden sollte.

Lukas Fankhauser, Stadtrat: Es nimmt Stellung zur Kritik am Inhalt. Es wird festgehalten, dass bereits bei der Entgegennahme des Postulats angekündigt wurde, im Bericht darzulegen, welche Massnahmen umgesetzt wurden. Der vorliegende Bericht entspreche genau diesem Versprechen. Ein zentraler Punkt im Zusammenhang mit dem Thema Elterntaxi sei, dass Eltern rechtlich nicht vorgeschrieben werden könne, wie ihre Kinder den Schulweg zurücklegen, ob zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem Auto. Es gebe keine rechtliche Grundlage, um verbindliche Anweisungen zu machen. Aus den Erfahrungen im vergangenen Jahr wird ausgeführt, dass die Situation jeweils dann gut funktionierte, wenn Präsenz vor Ort gezeigt oder Kontrollen durchgeführt wurden. Sobald diese wegfielen, kehrten viele Eltern zu ihrem gewohnten Verhalten zurück. Daraus wird geschlossen, dass die Eindämmung von Elterntaxi nur im Zusammenspiel verschiedener Massnahmen wirksam ist. Dazu gehören präventive Sensibilisierungsarbeit gegenüber den Eltern, regelmässige Polizeikontrollen sowie infrastrukturelle Massnahmen, um den Verkehr so zu lenken, dass gefährliche Situationen vermieden werden.

Es wird betont, dass das Thema Elterntaxi nicht nur den Bereich des GMS betrifft, sondern alle Schul- und Kindergartenstandorte in der Stadt. Es handle sich um eine anspruchsvolle Aufgabe, die nicht abschliessend gelöst werden könne. Abschliessend wird appelliert, Eltern im persönlichen Umfeld immer wieder darauf hinzuweisen, dass es für Kinder wichtig und lehrreich ist, den Schulweg selbstständig zurückzulegen.

Michael Wacker, Einwohnerrat: Es wird festgehalten, dass im Bericht zum Postulat verschiedene Varianten geprüft wurden, was positiv gewertet wird. Trotzdem bleibt ein gewisser Vorbehalt. Das Verkehrskonzept zum OSZ A ist weiterhin pendent, ohne dass bisher konkrete Ergebnisse

kommuniziert wurden. Auch auf die Einsprache aus Juni 2024 zur Elterntaxi-Situation vor dem Schulhaus habe es bisher keine erkennbare Rückmeldung gegeben. Zudem werden im Bericht keine konkreten Massnahmen ausgewiesen. Obwohl anerkannt wird, dass die Thematik schwierig ist, wird kritisch beurteilt, dass das Postulat abgeschrieben werden soll.

Es wird argumentiert, dass eine Aufrechterhaltung des Postulats nicht nur den Stadtrat und die Verwaltung in der Pflicht hält, sondern auch ein klares Signal an die Bevölkerung sendet, insbesondere an Eltern, ihre Kinder nicht routinemässig mit dem Auto zur Schule zu bringen. Gleichzeitig würde damit deutlich gemacht, dass die Legislative Massnahmen erwartet und das Thema ernst nimmt. Darüber hinaus betrifft die Elterntaxi-Problematik mehrere Bereiche der Verwaltung, darunter Hochbau bei der Erschliessung von Schulhäusern, Tiefbau bei der Verkehrsführung und möglichen Haltestellen sowie den Bereich Sicherheit mit Blick auf Kontrollen und Sanktionen. Eine klare Haltung des Einwohnerrats würde diesen Stellen den Rücken stärken. Aus diesen Gründen wird empfohlen, das Postulat nicht abzuschreiben.

Lukas Fankhauser, Stadtrat: Es wird Michael Wacker für das Votum gedankt und festgehalten, dass dessen Einschätzung geteilt wird. Es wird bestätigt, dass mehrere Abteilungen betroffen sind, da es sich um eine umfassende Thematik handelt. Gleichzeitig wird betont, dass es dabei nicht um einzelne Standorte wie das Oberstufenzentrum oder das GMS geht, sondern um das Thema Elterntaxi grundsätzlich.

Es wird ausgeführt, dass weder Stadtrat noch Einwohnerrat das Problem lösen können, indem lediglich politischer Druck aufrechterhalten wird. Wirksam seien vor allem präventive Massnahmen, insbesondere die Sensibilisierung der Eltern und der Kinder, damit diese ihren Schulweg selbstständig zurücklegen. Unabhängig davon, ob das Postulat abgeschrieben wird oder nicht, bleibt die Thematik bestehen. Auch Verkehrskonzepte werden weiterhin notwendig sein. Entscheidend sei daher nicht der formelle Status des Postulats, sondern das gemeinsame Bewusstsein dafür, dass Elterntaxis ein gesellschaftliches Thema der heutigen Zeit sind, mit dem man sich kontinuierlich auseinandersetzen muss.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Anträge

1. Vom Bericht des Stadtrats zum Postulat sei Kenntnis zu nehmen.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Postulat sei abzuschreiben.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 25:12 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 10

ER. 2026.032

Interpellation von Franziska Kremer (SP) vom 23. März 2026 betreffend "Kündigung aller Mietparteien an der Oberen Mühlemattstrasse 55 sowie am Buchmattweg 24"; Neueingang mit Antrag auf dringliche Behandlung – Beantwortung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Der Stadtrat antwortet auf die Fragen der Interpellation wie folgt:

Einleitung

Der Stadtrat anerkennt die Bedeutung eines ausgewogenen Wohnungsangebots für eine funktionierende Stadtentwicklung. Gleichzeitig bewegt sich die Stadt im Spannungsfeld von Eigentumsgarantie, Investitionsanreizen und sozialpolitischen Zielsetzungen. Der Stadtrat erachtet es als positiv, dass die ursprünglich angestrebte Leerkündigung sistiert wurde und die neuen Eigentümer eine konstruktive Lösungssuche auf privatrechtlicher Basis angekündigt haben.

Frage 1

Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass dieses Sanierungsprojekt den ausgewogenen Wohnungsmix gefährdet?

Der Stadtrat teilt die grundsätzliche Zielsetzung eines ausgewogenen Wohnungsmix. Ob ein konkretes Sanierungsprojekt diesen gefährdet, ist im Einzelfall zu beurteilen. Sanierungen tragen zudem zur Werterhaltung und langfristigen Sicherung des Wohnungsbestandes bei. Eine pauschale negative Beurteilung von Sanierungen ist nicht sachgerecht. Im konkreten Fall liegt noch kein Baugesuch vor; insofern kann sich der Stadtrat nicht dazu äussern.

Frage 2

Welchen Handlungsbedarf sieht der Stadtrat beim privatrechtlichen Verkauf von Mehrfamilienhäusern?

Der Verkauf von Liegenschaften fällt unter die Eigentumsgarantie. Ein direkter Eingriff in private Angelegenheiten ist weder angezeigt noch rechtlich zulässig. Der Stadtrat sieht seine Rolle in der Gestaltung von guten Rahmenbedingungen und – sofern eine Gestaltungspflicht besteht – bei der aktiven Mitwirkung bei Arealentwicklungen. Die Steuerung einzelner Eigentümerentscheide ist keine politische oder staatliche Aufgabe. Mietstreitigkeiten sind auf rechtlichem Weg zu lösen.

Frage 3

Hat der Stadtrat das Gespräch mit den Liegenschaftseigentümern gesucht?

Der Stadtrat ist grundsätzlich offen für den Dialog mit Eigentümerinnen und Eigentümern und bringt dabei Anliegen der Stadtentwicklung ein. Ein verbindlicher Einfluss auf die konkrete Ausgestaltung des Wohnungsangebots besteht jedoch nicht. Im fraglichen Fall bestanden bisher keine direkten Kontakte.

Frage 4

Wie stellt der Stadtrat sicher, dass weder Verletzungen des Mieterschutzes noch missbräuchliche Leerkündigungen passieren?

Der Mieterschutz ist abschliessend auf Bundesebene geregelt. Für die Beurteilung von Kündigungen und deren Missbräuchlichkeit sind die zivilrechtlichen Instanzen zuständig. Die Stadt hat in diesem Bereich keine eigene Eingriffs- oder Kontrollkompetenz. Sie stellt jedoch im Rahmen der baurechtlichen Verfahren sicher, dass die gesetzlichen Voraussetzungen eingehalten werden.

Frage 5

Welchen Stellenwert hat der Erhalt von bezahlbarem Wohnraum?

Der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum haben für den Stadtrat einen hohen Stellenwert, insbesondere für Familien und Haushalte mit mittleren Einkommen. Es wird betont, dass das Ziel eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur in Zofingen sein muss. Dieses qualitative Wachstum sei in den letzten Jahren wiederholt im Zusammenhang mit Raumplanung und Stadtentwicklung thematisiert worden und bilde eine zentrale Grundlage für die weitere Entwicklung der Stadt. Er setzt dabei jedoch auf langfristig wirksame, systemische Ansätze (Gestaltungspläne, Mitwirkungen, qualifizierte städtebauliche Verfahren) statt auf Eingriffe in einzelne Projekte oder bestehende Mietverhältnisse.

Frage 6

Was unternimmt der Stadtrat langfristig zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum für Familien?

Der Stadtrat verfolgt insbesondere folgende Ansätze: aktive Boden- und Liegenschaftspolitik im Rahmen der Möglichkeiten, Förderung gemeinnütziger Wohnbauträger (wo dies zweckmässig und möglich ist), Nutzung planerischer Instrumente (z. B. Arealentwicklungen), Sicherstellung attraktiver Rahmenbedingungen für Investitionen sowie eine ausgewogene Verdichtung statt Verdrängung.

Schlussbemerkung

Der Stadtrat setzt auf eine ausgewogene Siedlungspolitik, die sowohl Investitionen ermöglicht als auch soziale Anliegen berücksichtigt. Eine nachhaltige Stadtentwicklung erfordert das Zusammenspiel von öffentlicher Hand und privaten Akteuren – nicht deren Gegeneinander.

Jonathan Behava, Einwohnerrat (Interpellant): Es wird für die Zustimmung zum Dringlichkeitsantrag gedankt und festgehalten, dass die Fragen noch am selben Abend vom Stadtrat beantwortet wurden. Die Antworten werden zur Kenntnis genommen und innerhalb der SP-Fraktion weiter diskutiert. Hervorgehoben wird, dass es nicht um eine inhaltliche Debatte ging, sondern um den prozessualen Ablauf. In diesem Zusammenhang wird auf die bestehenden regulatorischen Rahmenbedingungen auf eidgenössischer und kantonaler Ebene verwiesen. Insgesamt wird die Beantwortung als zufriedenstellend beurteilt.

Die Vorstösse sind auf www.zofingen.ch/einwohnergat einsehbar.

Traktandum 11 – Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

René Schindler, Einwohnerrat: Es wird darauf hingewiesen, dass gemäss einer erhaltenen E-Mail in letzter Zeit rund um das GMS vermehrt Belästigungen aufgetreten sind. Genannt werden Vorfälle wie mit Wasser gefüllte Robidog-Säckchen, die in die Turnhalle beim Stadtsaal hineingeworfen wurden, sowie ein jüngerer Vorfall, bei dem offenbar ein Feuerwerkskörper durch ein gekipptes Fenster in die Turnhalle geworfen wurde, während diese von einem Verein genutzt wurde. Es wird die Frage gestellt, ob dem Stadtrat diese Vorfälle bekannt sind und welche kurzfristigen Massnahmen vorgesehen sind.

Andreas Rügger, Stadtrat: Es wird festgehalten, dass die von René Schindler angesprochenen Vandalismusvorfälle sowohl der Hauswartung des Bereichs Hochbau als auch der Regionalpolizei bekannt sind. Die Ausführungen beziehen sich inhaltlich auf die Beantwortung eines hängigen Vorstosses, den er eingereicht hat. Dieser wird am kommenden Mittwoch im Stadtrat behandelt und anschliessend der nächsten Einwohnerratssitzung unterbreitet. Die betroffenen Nutzer wurden sowohl von der Polizei als auch von der Hauswartung darauf hingewiesen, bei entsprechenden Vorfällen, insbesondere bei sogenannten Robidog-Fällen, umgehend die Notrufnummer 117 zu wählen, damit die Polizei direkt vor Ort intervenieren kann.

Marco Negri, Einwohnerrat: Es wird gefragt, ob der Stadtrat weitere Möglichkeiten oder zusätzliche Massnahmen sieht, um die derzeit als unbefriedigend empfundene Verkehrsführung an der äusseren Luzernerstrasse beim Knoten Lanz weiter zu verbessern.

Peter Siegrist, Stadtrat: Zum Thema Knoten Lanz an der äusseren Luzernerstrasse wird ausgeführt, dass die Regionalpolizei laufend in die Beurteilung der Situation eingebunden ist. Die Überwachung erfolgt kontinuierlich durch die Fachgruppe Verkehr. Bei Bedarf kann zeitnah ein Verkehrsdienst eingesetzt werden. Dies betrifft nicht nur das Stadtgebiet Zofingen, sondern ebenso die angrenzenden Gemeinden wie Oftringen, da der Verkehr gemeindeübergreifend fliesst. Sobald festgestellt wird, dass die Situation nicht mehr ausreichend funktioniert, wird in den Stosszeiten ein Verkehrsdienst aufgeboten, um den Verkehrsfluss aktiv zu regeln.

Salome McNaught, Einwohnerrätin: Es wird eine Frage zum Reinigungsprozess von Brunnen gestellt, bei denen bereits eine Versickerungsanlage installiert ist. Konkret geht es um den Schacht mit dem Umschaltriegel zwischen Kanalisation und Versickerung. Es wird nachgefragt, wie sichergestellt wird, dass dieser Riegel bei Reinigungsarbeiten korrekt umgestellt wird und dauerhaft funktionsfähig bleibt, damit der Brunnen nicht unbeabsichtigt permanent an der Kanalisation angeschlossen bleibt. Zudem wird gefragt, ob bei der Reinigung allenfalls Reinigungsmittel eingesetzt werden, die es erlauben, auf das Umlegen des Riegels zu verzichten.

Robert Weishaupt, Stadtrat: Es wird erklärt, dass bei Brunnen mit Versickerungsanlage zwei Schächte vorhanden sind. Mittels Weiche wird das Brunnenwasser entweder dem Versickerungsschacht zugeführt oder in die Kanalisation geleitet. Bei Reinigungsarbeiten stellt der Werkhof diese Weiche so um, dass das Wasser während der Reinigung in die Kanalisation fliesst. Nach Abschluss der Arbeiten wird die Weiche wieder zurückgestellt, sodass das Wasser erneut in die Versickerung geführt wird.

Salome Mc Naught, Einwohnerrätin (für Hans Rudolf Sommer): *Es wird eine Frage zur Umgebungsplanung des Oberstufenzentrums gestellt. Diese Planung sei offenbar sistiert worden. Es wird nach den Gründen für die Sistierung gefragt, nach dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Planung sowie danach, ob die Schülerinnen und Schüler in den weiteren Prozess einbezogen werden. Zudem wird gefragt, wann der Einwohnerrat und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert werden sollen.*"

Andreas Rüegger, Stadtrat: Es wird klargestellt, dass die Umgebungsplanung des Oberstufenzentrums nicht sistiert oder unterbrochen ist, sondern aktiv weitergeführt wird. Die Schulen sind direkt in den Planungsprozess einbezogen worden, sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch die Lehrpersonen. Die Arbeiten befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium, und es ist vorgesehen, in absehbarer Zeit mit der Realisierung zu beginnen.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin: Es werden Fragen zum Unterhalt der Schulhausplätze des GMS und der BEZ gestellt. Konkret wird nach dem Grund gefragt, weshalb der Schulhausplatz des GMS erst kürzlich, Anfang Monat, vom Herbstlaub befreit und gereinigt wurde. Zudem wird darauf hingewiesen, dass sich im Brunnen auf dem südlichen Schulhausplatz der BEZ weiterhin Herbstlaub und anderer Schmutz im Schacht befinden. Es wird gefragt, ob der Brunnentrog noch gereinigt wird oder ob hier auf Unterhaltsarbeiten verzichtet wird.

Andreas Rüegger, Stadtrat: Es wird für den Hinweis zur Reinigung der Brunnen im Umfeld der Schulanlagen gedankt. Dem Anliegen wird nachgegangen, und es wird zugesichert, dass die Brunnen gereinigt werden. Der entsprechende Auftrag wird ausdrücklich an die zuständigen Hauswartinnen und Hauswarte weitergegeben.

Lukas Fankhauser, Stadtrat: Es wird ergänzend festgehalten, dass die Situation im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für das Kinderfest geklärt wurde. Derzeit lassen die Zuleitungen zum Brunnen kein Durchfliessen von Wasser zu, weshalb der Brunnen momentan nicht betrieben werden kann. Das Problem ist erkannt und entsprechend identifiziert worden.

Michael Wacker, Einwohnerrat: Es wird erneut auf den Zustand der Brunnen hingewiesen. Einleitend wird daran erinnert, dass der Beitrag an die Brunnerversorgung an die StWZ zwischen 2018 und 2019 von 40'000 auf 100'000 Franken erhöht wurde. Zudem wird an ein früheres Votum aus dem September 2021 erinnert, bei der gefordert wurde, dass kein Brunnen mehr "Prostata" haben soll. Kürzlich sei der Brunnen an der Bärengasse gereinigt worden. Die Befüllung dauerte vier Tage. Das Problem liege nicht beim Leeren, sondern beim Füllen, da offensichtlich der Hahn im Boden defekt sei. Es wird gefragt, ob dieser Defekt behoben wird oder ob dafür seitens der StWZ ein Baugesuch erforderlich ist.

Robert Weishaupt, Stadtrat: Es wird festgehalten, dass dem Stadtrat bislang nicht bekannt war, dass der Brunnen an der Bärengasse Probleme bei der Wasserversorgung aufweist. Die Zuständigkeit liegt bei den StWZ. Die Meldung wird an die StWZ weitergeleitet, damit der Sachverhalt geprüft und gegebenenfalls behoben werden kann.

Thomas Affentranger, Einwohnerrat: Die Frage bezieht sich auf das Baugesuch für den Belag beim Schützentürl. Es wird festgehalten, dass das Baugesuchsformular am 20. Februar 2026 erstellt wurde und die öffentliche Auflage vom 12. März bis 10. April 2026 dauert. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass bereits rund eine Woche vorher mit Bauarbeiten und dem Einsatz eines Baggers begonnen wurde. Es wird die Frage aufgeworfen, ob dieses Vorgehen juristisch korrekt ist und ob eine solche Praxis auch für Baugesuche gilt, die nicht von der Stadtverwaltung stammen.

Robert Weishaupt, Stadtrat: Es wird erläutert, dass beim Schützentürli die Bauarbeiten bereits laufen, sich im ersten Arbeitsgang jedoch ausschliesslich auf Arbeiten innerhalb der Altstadt beschränken. Anschliessend ist ein Unterbruch vorgesehen, bedingt durch anstehende Festivitäten. Erst im zweiten Arbeitsgang werden die Arbeiten im Bereich des Schützentürlis beziehungsweise an der Innenseite der Stadtmauer ausgeführt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird erwartet, dass die erforderliche Baubewilligung vorliegt.

Michèle Graf, Einwohnerrätin: Es wird gefragt, wie die Bewilligungspraxis der Schule Zofingen bei religiösen Fest- und Feiertagen gehandhabt wird, die weder lokal noch national anerkannt sind. Konkret wird nachgefragt, ob Schülerinnen und Schüler für solche Tage dispensiert werden können, ohne dafür einen sogenannten "Joker-Tag" beziehen zu müssen.

Lukas Fankhauser, Stadtrat: Es wird erklärt, dass die Bewilligungspraxis für religiöse Feiertage ausserhalb der christlichen Religion im Schulgesetz geregelt ist. Beurlaubungen für solche religiösen Feiertage müssen bewilligt werden und dürfen nicht zulasten der sogenannten freien Halbtage erfolgen. Diese Praxis stützt sich auf mehrere Bundesgerichtsentscheide, welche diese Auslegung bestätigen. Die Schule hält sich entsprechend an die gesetzlichen Vorgaben und die geltende Rechtsprechung.

Peter Brühlmann, Einwohnerrat: Es wird eine Frage zu den Baustellen an der Hinteren Hauptgasse gestellt. In der ursprünglichen Vorlage wurde festgehalten, dass keine Parkplätze aufgehoben würden. Aktuell zeigt sich jedoch, dass auf zwei Parkplätzen Pflanzstandorte für Bäume vorbereitet wurden und bei der Kantonalbank vier Parkplätze bereits entfernt sind. Es wird nachgefragt, wie dieser Widerspruch zur damaligen Aussage zu erklären ist und ob es sich um eine Änderung der Planung handelt oder weshalb diese Parkplätze nun doch betroffen sind.

Robert Weishaupt, Stadtrat: Es wird erläutert, dass die Situation bei der Hinteren Hauptgasse so zu verstehen ist, dass auf der Stadthausseite keine Parkplätze aufgehoben wurden. Das Parkfeld beziehungsweise der Parkierungssperimeter wird um zwei Parkplätze verbreitert, damit zwischen diesen zwei Bäume gepflanzt werden können. Die Anzahl Parkplätze bleibt somit unverändert. Auf der gegenüberliegenden Seite bei der Aargauischen Kantonalbank wurden die Parkplätze temporär aufgehoben. Dies erfolgt einerseits wegen der laufenden Bauarbeiten, um eine Durchfahrt zu ermöglichen, und andererseits, weil das Trottoir verschmälert und die Fahnenstangen entfernt werden. Nach Abschluss dieser Arbeiten werden die Parkplätze neu markiert und stehen danach wieder zur Verfügung.

Thomas Keller, Einwohnerrat: Es wird erneut zur Baustelle an der äusseren Luzernerstrasse gefragt. Konkret interessiert, in welchem Umfang der Stadtrat Zofingen tatsächlich Einfluss auf das geltende Verkehrsregime nehmen konnte. Zudem wird nachgefragt, was mit den angekündigten zeitnahen kleineren Anpassungen konkret gemeint ist. Weiter wird um eine Präzisierung gebeten, was unter einer verstärkten Kontrolle der Signalisierungen durch die Polizei zu verstehen ist. Als Beobachtung wird erwähnt, dass am Morgen in der Tempo-30-Zone Richtung Unterführung ein Polizist präsent war und offenbar Kontrollen oder Beobachtungen durchgeführt hat.

André Kirchhofer, Stadtpräsident: Es wird zu den Fragen zur aktuellen Verkehrsführung auf der Äusseren Luzernerstrasse Stellung genommen. Der Stadtrat wurde im Herbst von den zuständigen kantonalen Stellen angefragt, wie er zu einem Einbahnregime stehe, und hat diesem grundsätzlich zugestimmt, jedoch unter dem klaren Vorbehalt, dass das Regime bei Bedarf flexibel angepasst werden muss, falls es sich nicht bewährt. In den ersten Tagen nach Einführung des Einbahnregimes wurde festgestellt, dass es zu massivem Rückstau auf der Unteren Brühlstrasse und bei der Henzmannstrasse kam sowie zu einer Zunahme des Verkehrs im Bereich der Schulanlagen HPS und BZZ, was ein erhöhtes Sicherheitsrisiko für Schülerinnen und Schüler darstellt. Aufgrund dieser Beobachtungen wurde der Kantonsingenieur unter Verweis auf die damalige Stellungnahme

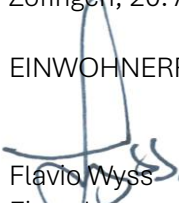
aufgefordert, das Verkehrsregime anzupassen und das Einbahnregime aufzuheben, da gefährliche Situationen, Unfälle oder Verletzungen befürchtet werden. Die Antwort des Kantons fiel gemäss Darstellung knapp aus. Das Fazit: Die Situation werde sich in den nächsten Tagen von selbst beruhigen. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass in Kürze auch die Obere Hauptstrasse in Küngoldingen wegen Sanierungsarbeiten gesperrt wird, wodurch im Wiggertal statt drei nur noch eine Verkehrsachse zur Verfügung stehen wird.

Flavio Wyss, Einwohnerratspräsident

Er dankt allen anwesenden Personen für die speditive Sitzungsabwicklung und weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom Montag, 22. Juni 2026 hin.

Zofingen, 20. April 2026

EINWOHNERRAT ZOFINGEN



Flavio Wyss

Einwohnerratspräsident



Patrick Kurt

Einwohnerratssekretär